

Gefangen im Teufelskreis

Wohnungslosigkeit Wer in Belarus kein Zuhause hat, wird als alkoholabhängig gebrandmarkt und muss mit staatlicher Repression rechnen. Wer Menschen ohne Obdach hilft, ebenfalls.

TEXT EVA HIRSCHI FOTOS MARCO FIEBER



Die leeren Glasflaschen klirren leise, während Larissa ihren zusammengebastelten Handwagen über die Pflastersteine zieht. Sie ist in einen dicken roten Mantel gehüllt und hat sich eine Wollmütze über den Kopf gezogen, unter der graubraune Haarsträhnen hervorschauen. Es ist sonnig aber kühl an diesem Märztag in Gomel, der zweitgrössten Stadt von Belarus. Die 54-Jährige hat soeben bei den katholischen Nonnen zu Mittag gegessen. Larissa ist orthodox, aber das spielt keine Rolle. In der orthodoxen Kirche gibt es nur donnerstags Essen, dafür erhält sie dort Kleider. Bei den katholischen Nonnen hingegen kann sie neben fünf Mahlzeiten wöchentlich auch einmal pro Woche warm duschen. Schliesslich hat Larissa kein Badezimmer, keine Küche, nicht einmal ein Zimmer oder ein Bett. Nachts legt sie sich auf eine Decke im Hauseingang ihrer ehemaligen Nachbarn. «Sie kennen mich und lassen mich deshalb gewähren», sagt sie.

Vor drei Jahren hat Larissa unerwartet ihre Stelle in einer staatlichen Fabrik verloren und damit auch ihr Zimmer im Ar-

beiterheim. Solche von Firmen angebotenen Wohnheime sind eigentlich als Zwischenlösungen für Arbeitende mit tiefen Löhnen gedacht, die sich keine andere Unterkunft leisten können. Doch oft mutiert das Zimmer im Wohnheim zu einer langfristigen Bleibe, da niemand mit einem Lohn, der gerade mal zum Leben reicht, für eine grössere Unterkunft sparen kann. «Seit dem neuen Mietrecht von 2013 darf man Arbeiter nun bei jeglicher Art von Kündigung oder Nicht-Verlängerung des Arbeitsvertrags gleichzeitig aus dem Arbeiterwohnheim ausweisen», sagt Ilja Sobol vom Belarussischen Helsinki-Komitee, einer europaweit aktiven Menschenrechtsorganisation. Vorher sei dies nur möglich gewesen, wenn die Person die Bestimmungen des Arbeitsvertrages verletzt hatte.

Larissas Ersparnisse reichen nicht für eine neue Unterkunft und sie hat keinen Ehemann, keine Kinder, die sie unterstützen könnten. «Niemand braucht mich. Niemand braucht jemanden, der arm ist», sagt sie und schaut zu Boden. «Ich möchte ja arbeiten», beteuert sie und hebt den Kopf, «aber ich

finde einfach keinen Job.» Und weil sie keine Arbeit habe, wolle auch niemand sie bei sich wohnen lassen. Ein Teufelskreis.

«Verlieren Personen mit tiefem Einkommen ihre Stelle und dazu noch die Unterkunft, ist die Gefahr sehr gross, dass sie obdachlos werden», sagt Ilja Sobol. Er ist Autor des landesweit ersten Berichts über «Obdachlose in Weissrussland und ihre Rechte». Dieser wurde Ende April publiziert und entstand in Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen Belarussisches Helsinki-Komitee und Human Constanta sowie der schweizerisch-deutschen Organisation Libereco. «Uns waren bereits mehrere Fälle von Menschenrechtsverletzungen an Obdachlosen bekannt und wir wollten herausfinden, wie deren Situation genau aussieht», ergänzt Lars Büniger, Präsident von Libereco Schweiz.

Der Bericht zeigt auf, dass die Rechte von Obdach- und Wohnungslosen in Belarus immer wieder verletzt werden. Das bestätigt auch Aleksandr Schernitsky. Der 55-jährige Künstler setzt sich seit mehr als zwanzig Jahren für Bedürftige ein und be-



3



2

- 1 «Die Behörden misstrauen nicht-staatlichem Handeln»: Blick auf Minsk aus dem Büro des belarussischen Helsinki-Komitees.
- 2 Das Essen der Suppenküche ist für viele die einzige warme Mahlzeit.
- 3 Nebst der Suppenküche organisiert Aleksandr Schernitsky auch kostenlose Kleider und Möbel für Bedürftige.
- 4 Larissa verlor vor drei Jahren Job und Wohnung, seither übernachtet sie in einem Hauseingang.



4

treibt unter anderem eine Suppenküche in der Hauptstadt Minsk. Dort kommen jeden Tag an die achtzig bis neunzig Menschen zur kostenlosen Essensausgabe, im Winter sind es noch mehr. «Während der Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 war es hier allerdings fast leer», erzählt Schernitsky. Für das internationale Sportereignis hatte sich das Land nämlich nicht nur im übertragenen Sinn herausgeputzt. Die Behörden von Minsk hatten im Vorfeld der Meisterschaft auf ihrer Website auch bekannt gegeben, die Strassen müssten von «anti-sozialen Elementen» gereinigt werden. In der Folge wurden Obdachlose, Sex-Arbeiterinnen, Alkoholiker und Aktivistinnen ins Gefängnis gesteckt. «Mir wurde erzählt, dass die Polizei Obdachlose im Auto mitgenommen und ausserhalb der Stadt ausgesetzt habe», sagt Schernitsky. Die belarussische Menschenrechtsorganisation Wjasna hat diese Fälle dokumentiert.

Nicht nur die Wohnungs- und Obdachlosen selbst, sondern auch Initiativen, die ihnen helfen wollen, erregen mancherorts die Missgunst des Staates. So etwa das pri-

vate Wohnheim für Obdachlose in einem Dorf nahe der Stadt Grodno. Aliaksei Shchadrou, ein Katholik, der von allen Bruder Luigi genannt wird, gewährt seit Ende 2011 immer wieder bedürftigen Menschen Unterschlupf in seinem Haus. Er wurde mehrmals von der Polizei kontrolliert, bis es schliesslich 2013 zu einer Razzia kam und rechtlich gegen ihn vorgegangen wurde – dies unter Berufung auf ein Gesetz, welches Aktivitäten «nicht registrierter religiöser Organisationen» unter Strafe stellt. Dabei handle es sich bei seinem Projekt gar nicht um eine religiöse Organisation, sondern lediglich um eine wohltätige Aktion, sagt Shchadrou.

Einschüchterung und Gewalt

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International nahm den Fall auf und Shchadrou legte Berufung ein. Im September 2013 wurde das Gerichtsverfahren eingestellt, doch kämen weiterhin Polizisten regelmässig und ohne Vorwarnung zu ihm nach Hause – «bloss zur Kontrolle, wie sie sagen», erzählt Shchadrou. Er empfinde

dies als Einschüchterung. Erst kürzlich, im Januar dieses Jahres, wurde er bei einem Spitalaufenthalt von Polizisten festgenommen und geschlagen. Grund war ein Diebstahl, den man ihm anhängen wollte. Später konnte anhand der Überwachungskamera bewiesen werden, dass er sich gar nicht am fraglichen Ort aufgehalten hatte.

Was hat der Staat gegen private Hilfsinitiativen? Lars Büniger von Libereco sagt: «Ein Problem liegt darin, dass Belarus keine Demokratie ist und die Behörden nicht-staatlichem Handeln misstrauen oder es sogar als feindlich gesinnt wahrnehmen.» Dies hätten sie während der Feldforschung für den Bericht auch daran gemerkt, dass einige Gruppen, die Obdachlosen helfen, sich gar nicht mit ihnen treffen wollten, und fast alle mit ihren Äusserungen sehr vorsichtig waren. Die Behörden in Belarus negieren indes das Problem. Offizielle Statistiken zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit werden keine geführt, und wo überhaupt Angaben zur Anzahl obdachloser Menschen auftauchen, widersprechen



«Das Problem Obdachlose an sich existiert nicht – es ist ihre Wahl, ob sie Alkohol trinken oder eine Unterkunft haben möchten.»

LILIIA SANJUKEWITSCH, LEITERIN DER STÄDTISCHEN DIREKTION FÜR ARBEIT UND SOZIALSCHUTZ IN GRODNO.

sie sich. Schätzungen zufolge haben in dem Land mit 9,5 Millionen Einwohnern wohl über tausend Menschen keinen Zugang zu Wohnraum. Doch keine einheitliche Definition ergibt keine belastbaren Zahlen, kurz: kein Problembewusstsein. Die einzige staatliche Hilfe beschränkt sich auf Notschlafstellen, wo Betroffene die Nacht verbringen können und teilweise Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten. Doch längst nicht alle Städte verfügen über so eine Institution – und um aufgenommen werden, muss man in der gleichen Stadt registriert sein. Auch muss man einen aktuellen Gesundheitscheck eines Spitals nachweisen können und Tiere, Alkohol sowie Drogen sind verboten. Wegen der restriktiven Aufnahmekriterien können nicht alle von diesen Angeboten profitieren.

In den öffentlichen Einrichtungen will man von staatlichen Repressionen gegen Obdachlose nichts gehört haben. Wie andere Behörden verneint auch Pawel Solotuchin, Leiter des Heimes mit 92 Betten in Minsk, ein Wohnraumproblem in Belarus – schlimmer noch, er gibt den Betroffenen selbst die Schuld: «Sie sind wie Parasiten, sie trinken Alkohol und sind dann beschämt, wenn sie ihr Leben nicht auf die Reihe kriegen. Viele investieren ihr Geld in Alkohol statt in eine Wohnung. Das ist ihre eigene schiere Dummheit.» Ähnlich klingt es im staatlichen Heim mit 50 Betten in Grodno. Lilija Sanjukewitsch, Leiterin der städtischen Direktion für Arbeit und Sozialschutz, unter deren Obhut das Heim steht, sagt: «Das Problem Obdachlose an sich existiert nicht – es ist ihre Wahl, ob sie Alkohol trinken oder eine Unterkunft haben möchten.»

Wo kein Problem, da keine Lösung

In der Tat herrscht in Belarus das Vorurteil, alle Obdachlosen seien Alkoholiker. Wer alkoholisiert in ein staatliches Wohnheim möchte, erhält keinen Zutritt, selbst wenn die Person dort bereits registriert ist. In seinem Heim in Minsk, erklärt Solotuchin, sei immer ein Polizist anwesend, der die Bewohnerinnen und Bewohner zuerst auf Alkoholflaschen oder Waffen absuche, bevor sie in ein Messgerät blasen müssten, um zu beweisen, dass sie nicht betrunken seien. Strenge Kontrollen, wie sie in entsprechenden Schweizer Einrichtungen nicht üblich sind.

Selbst wenn eine hohe Zahl von Obdachlosen unter einer Alkoholsucht litte, so sei die Herangehensweise des Staates



- 5 Sieht kein Problem: Liliya Sanjukewitsch, Leiterin der städtischen Direktion für Arbeit und Sozialschutz.
- 6 Achtzig bis neunzig Menschen kommen jeden Tag in die Suppenküche von Minsk.

falsch, findet Ilja Sobol vom Belarussischen Helsinki-Komitee. «Bei Obdachlosen wird eine Alkoholsucht nicht als Krankheit angesehen, sondern als Gewohnheit, so als hätten sie eine Wahl.» Eine obdachlose Person muss demnach zuerst selbst von der Sucht wegkommen, bevor sie Anrecht auf einen Schlafplatz hat. Für Sobol müsste es aber genau umgekehrt sein: «Zuerst sollte die Person eine Unterkunft haben und erst dann die Sucht behandeln müssen.» Damit folgt Sobol wie auch die im März in Basel publizierte, schweizweit erste Studie zu Obdachlosigkeit einem in Europa immer weiter verbreiteten Hilfsansatz, dem sogenannten Housing First. Im Grundsatz fordert Housing First bedingungslosen Zugang zu Wohnraum für alle und bietet erst im zweiten Schritt Therapiemassnahmen für sonstige Probleme wie Alkoholabhängigkeit an.

Das staatliche Heim in Minsk hingegen befeuere das Problem des Alkoholismus, statt es zu lösen, sagt Sobol. Da man sich in diesen Unterkünften nur nachts aufhalten darf, müssen die Menschen tagsüber wieder auf die Strasse. Von öffentlichen Gebäuden wie Bahnhofshallen werden sie allerdings oft von der Polizei verscheucht. Und weil in Belarus die Tem-

peraturen im Winter tief unter den Gefrierpunkt fallen können, greifen viele zum Alkohol, um sich ein bisschen zu wärmen. Wer dann aber alkoholisiert ins Heim zurückkehrt, erhält keinen Zutritt und muss die Nacht in der Kälte verbringen. Auch ein Teufelskreis.

Zudem ist Alkohol in Belarus nach wie vor spottbillig, es gibt kaum Rehabilitationsprogramme und somit kaum einen Ausweg für die Abhängigen. Mit wenigen Ausnahmen: Im Obdachlosenheim der katholischen Nonnen in Gomel gibt es auch ein paar Betten für Süchtige, die aussteigen wollen. «Nebst der Notschlafstelle haben wir eine Entzugsabteilung für Menschen mit Alkoholproblemen», erklärt Schwester Nereusha. Dort können die Betroffenen ein Rehabilitationsprogramm durchlaufen. Das Angebot werde rege genutzt. «Die Menschen brauchen Unterstützung. Wer seine Situation ändern will, dem helfen wir.»

Für Menschenrechtler Ilja Sobol geht es zunächst darum, das Problem zuerst einmal als solches zu erkennen: Da es bisher an einer einheitlichen Definition, wer als obdachlos gilt, sowie an einer Statistik über die Anzahl der Betroffenen fehle, könnten auch keine Beschlüsse zur Lösung des Problems gefasst werden. Ein-

zelne Massnahmen wie etwa das Bereitstellen von Sozialwohnungen würden zu wenig weit greifen und sich an andere Adressaten wie kinderreiche Familien oder Kriegsveteranen richten, nicht aber an Obdachlose. Auch Lars Büniger von Libereco sieht das Problem «im mangelnden staatlichen Bewusstsein in Verbindung mit dem Fehlen einer konstruktiven, lösungsorientierten Politik». Während in der Schweiz ein breiter gesellschaftlicher Konsens bestehe, dass man Wohnungs- und Obdachlosen helfen sollte, und es eine Vielzahl an Notschlafstellen, Suppenküchen, Beratungsstellen und sonstigen Hilfsangeboten gebe, würden in Belarus Obdachlose in erster Linie stigmatisiert. «Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich engagieren könnten, gibt es unter den Bedingungen einer Diktatur kaum. Die allermeisten Hilfsangebote finden mit enger Anbindung und Kontrolle durch die Behörden statt», sagt Büniger. «Ein Strassenmagazin wie Surprise ist in Weissrussland kaum vorstellbar.»

Der Bericht «Obdachlose und das Recht auf Wohnen in Belarus» ist hier einsehbar: lphr.org/obdachlose-und-das-recht-auf-wohnen-in-belarus